

Eine solche Schule wollen wir nicht!

Wir wollen

- ➔ eine demokratische Schule, in der wir die entscheidenden Entwicklungsprozesse gemeinsam voranbringen
- ➔ Vertrauen als Grundlage unserer Arbeit
- ➔ Kooperation und Kollegialität im Kollegium
- ➔ Zeit für Austausch zwischen den Kolleginnen und Kollegen
- ➔ das Recht auf Fortbildung für alle Lehrkräfte
- ➔ die Verankerung der pädagogischen Freiheit auch in der Dienstordnung
- ➔ Unterstützung und Anerkennung unserer Arbeit.

Wir wollen keine Schule

- ➔ **mit einer Dienstordnung, die durch Druck, Kontrolle und autoritäre Strukturen zu einer Entdemokratisierung führt.** Seit Jahren werden die Schulen überhäuft mit immer neuen Aufgaben, ohne dass entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt wurden. Stets sind die Kollegien bemüht gewesen, all diese Dinge zu schultern, um Schule überhaupt am Laufen zu halten obwohl ihnen in Hessen die höchste Pflichtstundenzahl in ganz Deutsch und vermutlich sogar in Europa zugemutet wird. Gedankt wird es nun mit einer Dienstordnung, die die Möglichkeiten, Druck auszuüben noch verstärkt, statt diesen zu reduzieren.
- ➔ **in der die „pädagogische Freiheit“ in der Dienstordnung gestrichen** wird und an einem in eigener Verantwortung und Initiative von qualifizierten Bildungsprofis gestalteten Unterricht offensichtlich kein Interesse mehr besteht. Die neue Dienstordnung zeigt deutlich, dass viel eher kritiklose Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewünscht sind, die den Anweisungen von oben einfach folgen sollen. **Rechte werden gestrichen**, Pflichten dafür umso stärker betont. Aus den „Pflichten und Rechten“ der alten Dienstordnung sollen nun „Aufgaben der Lehrkräfte“ werden.
- ➔ in der das **Recht auf Fortbildung** in der Dienstordnung **gestrichen** wird. Stattdessen kann der Schulleiter nun Lehrkräfte zu Fortbildungen seiner Wahl abkommandieren, wobei diese in der „unterrichtsfreien Zeit“ erfolgen sollen. **Verpflichtende Wochenendveranstaltungen ebenso wie Fortbildungswochen für ganze Kollegien während der Ferien werden so möglich**, denn der alte Absatz „Für das Verlassen des Wohnortes während der Ferien außerhalb des Erholungsurlaubs gilt die Zustimmung als allgemein erteilt“ soll ersatzlos entfallen.
- ➔ in der die sowieso immer noch zu hohen **Klassenhöchstgrenzen auch noch überschritten werden dürfen**, wie es die Verordnung über die Klassen- und Gruppengrößen erlauben soll. Die inklusive Beschulung von behinderten Kindern „findet als Regelform in der allgemeinen Schule ... statt.“ (Entwurf des Schulgesetzes) Deswegen ist es hier unabdingbar, die bisher fehlende Schülerhöchstzahl für entsprechende Klassen auf 20 Schülerinnen und Schüler fest zu schreiben.

- ➔ in der **einer Lehrkraft im Auftrag der Schulleitung zugemutet wird, die anderen Kolleginnen und Kollegen auch unangekündigt im Unterricht zu kontrollieren.** In der Dienstordnung soll **die Schulleitung zu mindestens halbjährlichen Unterrichtsbesuchen verpflichtet werden, die sie allerdings auch an beliebige Lehrkräfte ihrer Wahl delegieren kann.** Diese Maßnahme drängt in Kombination mit den **nun festgeschriebenen „Jahresgesprächen“** die Schulleitungen dazu, den Druck auf die Kolleginnen und Kollegen ganz erheblich zu erhöhen.
- ➔ keine Schule, in der das Klima noch weiter verschlechtert wird. Eine solche Schule macht krank. Das scheinen auch die Verfasser der neuen Dienstordnung zu wissen und erhöhen auch an dieser Stelle noch einmal den Druck: **Die geplante Dienstordnung sieht vor, dass schon bei „Anhaltspunkten für dauernde Dienstunfähigkeit“ die Schulaufsicht zu informieren ist.** Einhergehend mit der neuen Regelung, dass sich eine Lehrkraft **auch an Wochenenden und in den Ferien krank zu melden** hat, weist auch dies in eine unzweideutige Richtung.

Der Entwurf des Schulgesetzes und die darauf basierenden Entwürfe für Verordnungen zum Schulgesetzentwurf strahlen ein abgrundtiefes Misstrauen gegenüber den Lehrkräften aus. Statt Unterstützung und Anerkennung erhalten wir autoritäre Strukturen, flankiert von Kontroll- und Gängelungselementen.

Die Versammlung der Schulpersonalräte und Vertrauensleute der Kreisverbände Hanau, Gelnhausen und Schlüchtern lehnt deshalb die Entwürfe in aller Entschiedenheit ab!

Eine solche Schule wollen wir nicht!

Wir fordern daher die zuständigen Stellen in aller Deutlichkeit auf, von einer Einführung derselben abzusehen.

Hanau, den 04.05.2011

Einstimmig ohne Enthaltungen beschlossen von 60 Schulpersonalräten und Vertrauensleuten aus dem Main-Kinzig-Kreis

Verteiler:

Frau Staatsministerin Dorothea Henzeler
im Landtag vertretene Parteien
Staatliches Schulamt
Presse